

Schlei Bote - Mittwoch, 08.10.2008

Einwohnerfragestunde: Grüne wollen mehr Rechte für Bürger

Antrag für Stadtvertretersitzung / Frist für Antworten soll verkürzt werden

Kappeln

/

yv

– Wenn heute die Stadtvertretung tagt, dann wird auch ein Antrag der Grünen zur Änderung der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung stehen. Dieser dürfte für einigen Diskussionsbedarf sorgen, schließlich will die Fraktion der Grünen durch die Regelungen zur Einwohnerfragestunde grundsätzlich ändern.

So sollen die Bürger danach im öffentlichen Teil der Sitzungen auch beim jeweiligen Tagesordnungspunkt Fragen stellen können. „Wir wollen so für mehr Bürgernähe und Transparenz in der Kommunalpolitik sorgen“, begründet Fraktionssprecher Ingwer Hansen den Vorstoß seiner Partei.

Weiterhin wollen die Grünen durch zusätzliche Regelungen mehr Verbindlichkeit in die Einwohnerfragestunde bringen. So sollen Fragen und Antworten künftig sinngemäß und schriftlich im Protokoll festgehalten werden. Bislang wurden diese Anfragen laut Hansen häufig nur lapidar im Protokoll vermerkt, nach dem Motto: Bürger stellte Frage und erhielt Antwort.

Auf mehr Verbindlichkeit zielt auch eine weitere Bestimmung des Antrages ab. In dem Antrag heißt es weiter: „Ist eine Antwort in der Sitzung nicht möglich, erfolgt diese schriftlich innerhalb von 14 Kalendertagen. Die Fraktionen erhalten eine Antwort der Kopie.“ Bislang beträgt diese Frist zur Beantwortung der Fragen aus der Einwohnerfragestunde zwei Monate. Für Hansen ist das zu lang. „Um einen Sachverhalt zu klären, muss eine Beantwortung innerhalb von zwei Wochen möglich sein.“ Da sich aus den Antworten auf die Frage auch Handlungsbedarf bei den Fraktionen ergeben kann, wollen die Grünen, dass die Fraktionen künftig auch von der Antwort unterrichtet werden. „Wir erhoffen uns davon, dass die Politik dann bei Bedarf auch nachhaken kann“, so der Fraktionssprecher.

Für Hansen ist der Antrag nichts anderes als das Einlösen eines Wahlversprechens. Doch da es sich hierbei nicht um spezifisch grüne Politik handle, sieht Hansen auch für die anderen Fraktionen keine großen Probleme dem Antrag zuzustimmen. „Es geht hierbei nicht um den Vorteil der Grünen, sondern um den Vorteil der Bürger, die in Kappeln leben.“ Vorbehalte könnte es aus seiner Sicht gegen die Fragen der Bürger zum jeweiligen Tagesordnungspunkt geben. „Aber damit ist nicht gemeint, dass die Bürger mitdiskutieren sollen. Eine große

Revolution wird dadurch nicht ausbrechen.“ Vielmehr gehe es darum , einen direkteren Bezug zum Thema herzustellen. Die Verwaltung könne bei ihrer Antwort direkt auf den Tagesordnungspunkt eingehen.

Genau diesen Punkt sieht die Verwaltung in ihrer Vorlage kritisch. Dort heißt es: „Die Verwaltung empfiehlt jedoch, von der Möglichkeit der Fragestellung bei der Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte Abstand zu nehmen, da sonst die Einflussnahme der Einwohner von der eigenen Diskussion und Meinungsbildung der Stadtvertretung nur sehr schwer zu trennen ist.“